

#320 Kirchenkampf in der „Ostmark“

#335 Österreichs Stifte unter dem Hakenkreuz

Wider alles Völkerrecht marschierte am 12. März 1938 die deutsche Wehrmacht in Österreich ein, teilweise enthusiastisch umjubelt. Adolf Hitler selbst fuhr am Nachmittag des 12. März 1938 „vorbei an blumengeschmückten Dörfern und Hunderttausenden dicht gedrängter Menschen in Linz ein... Erst unter dem Eindruck der Triumpfhfahrt von Braunau nach Linz, dem Jubel, den Blumen und Fahnen, diesem ganzen elementaren Vereinigungsrausch, der keine Umstände oder Alternative zuließ, scheint er sich zum unverzüglichen Anschluß entschlossen zu haben. Im Hotel Weinzing in Linz unterzeichnete er am späten Abend des 13. März das „Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“ (Joachim Fest). Fortan sollte Österreich die „Ostmark“ heißen und bald sollte die Auseinandersetzung mit der katholischen Kirche beginnen, wie sie Sebastian Bock in seiner lesenswerten Edition „Österreichs Stifte unter dem Hakenkreuz“ beschreibt¹.

Nachdem in Deutschland bislang schon eine heftige Auseinandersetzung mit den Kirchen abgelaufen war – das Verbot der Bekenntnisschulen, die Zerstörung der kirchlichen Presse, die Diskriminierung der Ordensleute durch die sog. Sittlichkeits- und Devisenprozesse (1935–1936), die Auflösung der katholischen Jugendverbände –, ließen sich ähnliche Aktionen gegen kirchliche Einrichtungen im ehemaligen Österreich erwarten. Und so kam es auch: Juli bis September 1938 setzte der Kirchenkampf ein mit der Aufhebung der bischöflichen Knabenseminare, der theologischen Fakultäten, teilweise des konfessionellen Schulwesens. Damit war den Stiften und Klöstern oft bereits eine wichtige Aufgabe und zugleich ein Teil ihrer Lebensgrundlage entzogen. Ein erster Schritt im Kampf gegen die Kirchen war nach bewährtem Vorbild in Deutschland vollzogen.

Der zweite Schritt – die Beschlagnahmung und Enteignung der Stifte und Klöster – setzte im großen Maßstab im April 1940 ein, nachdem bereits im Mai 1938 das Stift St. Lambrecht und im September 1938 das Stift Admont beschlagnahmt worden waren. Andere Beschlagnahmungen folgten 1939, so die Stifte Hohenfurt, Göttweig, Stams, Engelszell, Wilten, Altenburg und Geras. Alle waren Gründungen mit einer Geschichte von vielen Jahrhunderten.

Der eigentlich entscheidende Schlag gegen die Klöster fiel im April 1940 mit der Beschlagnahmung von Abtei Seckau, Stift Vorau, Stift St. Paul, Abtei Tanzenberg, Stift Reichersberg und Stift Wilhering. Die weiteren Stifte wurden bis Ende Juli 1941 beschlagnahmt und enteignet. Am Ende hatten 27 klösterliche Gemeinschaften ihr Eigentum und ihr Obdach verloren und waren vom Ort ihres Ordenslebens und ihres seelsorglichen Engagements vertrieben.

Die verantwortliche Zentrale für diese Aktionen war das Reichssicherheitshauptamt (RSHA), die Zentrale der Gestapo in der Prinz-Albrecht-Straße in Berlin. Derjenige, der die Sache im letzten vorantrieb, war Reichsführer-SS Heinrich Himmler, dem offensichtlich vom späteren „Sekretär des Führers“, Martin Bormann, in diesem Akt des Kirchenkampfs sekundierte wurde. Es wurde gesagt: „Der Führer hat die Aufhebung sämtlicher Klöster angeordnet; nur die Krankenschwestern werden bleiben“ (Augustinus Rösch).

Die Beschlagnahmung lief offensichtlich nach einem vorgeschriebenen Programm ab: Ein Trupp von Gestapoleuten brach in das Kloster ein, besetzte die Ausgänge und drang zum Abt vor. Dieser wurde aufgefordert, seine Gemeinschaft zusammenzurufen. Dann wurden die Mönche – oft stundenlang – festgehalten. In der Zwischenzeit wurde das Kloster, alle Zellen der Mönche, durchsucht. Man fahndete nach Waffen (Maschi-

nengewehre) und Korrespondenzen, die eine nicht-nationalsozialistische Einstellung beweisen konnten. Dann wurden die Mönche einzeln verhört. Am Ende dieser Nachforschung wurde dem Abt der (hektographierte) Text des Erlasses aus dem RSHA vorgetragen.

Als Beispiel der Text für das Kloster Stams: „Nachdem der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern durch Erlaß vom 2. 9. 1939 ... gemäß § 1 der Verordnung über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens im Lande Österreich vom 18. 11. 38 ... festgestellt hat, daß die Bestrebungen des Zisterzienserklosters Stams in Tirol volks- und staatsfeindlich sind, wird hiermit der Ordensbetrieb des Zisterzienserstiftes Stams in Tirol gemäß § 1 der zweiten Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich vom 13. 8. 38 verboten. Das gesamte Vermögen des Zisterzienserstiftes Stams in Tirol wird auf Grund des § 1, Abs. 3 der Verordnung über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens im Lande Tirol vom 18. 11. 38 ... in Verbindung mit dem Erlaß des Inspektors der Sicherheitspolizei vom 28. 7. 38 ... zu Gunsten des Landes Tirol, vertreten durch den Landeshauptmann von Tirol, entzogen“ (250). Ähnlich lauteten die Erlasse für die anderen Stifte und Klöster, mit denen die Mönche schonungslos konfrontiert wurden.

Der nächste Schritt war die Vertreibung der Mönche. Nur wenige konnten im Kloster bleiben, um den Dienst in der Pfarrei oder wirtschaftliche Vorgänge zu verantworten. Der Abt wurde meistens aus dem Gau verwiesen. Im übrigen fällt auf, daß der Stil der Beschlagnahme – im positiven wie im negativen Sinn – von der Einstellung des jeweiligen Gauleiters oder des örtlichen Gestapobeamten abhing. In einem Extremfall wurden dem Abt auch seine Insignien, Brustkreuz und Ring – als Schmuck qualifiziert – abgenommen.

Von der Gestapo mußten Gründe für dieses Unrecht gefunden werden. Die folgenden wurden genannt: Teilnahme an der Freiheitsbewegung Österreichs, das Verstecken von Waffen, die schlechte Wirtschaftsführung und die Verschleuderung des Volksvermögens, die (unterstellten) Vergehen gegen den § 175, oder

schlechthin das „volks- und staatsfeindliche Verhalten“ (179). Die große Zahl der über 1600 vertriebenen Mönche fand Aufnahme in naheliegenden Pfarrhöfen oder in anderen Klöstern, bevor sie auch dort wieder vertrieben wurden.

Die leerstehenden Klöster wurden zu vielerlei benutzt: zur Aufnahme von Flüchtlingen aus Südtirol und Bessarabien, als Quartiere für Kriegsgefangene oder für KZ-Häftlinge aus Dachau, Mauthausen, Ravensbrück, als Altenheime oder Pflegeheime für Behinderte, als Reservelazarette, als Nationalpolitische Erziehungsanstalten (NAPOLA) und andere Bildungsinstitutionen. Da die kostbaren Bibliotheken und Kunstschatze der Klöster nicht verschleudert werden sollten, wurden sie – mit anderen Archivalien – in bestimmte Klöster geschafft, die als zentrale Depots galten.

Der Kampf gegen die Klöster endete erst mit dem sogenannten „Stopperlaß“ Hitlers, den Martin Bormann am 30. Juli 1941 an die Gauleiter schickte. Alle weiteren Klosteraufhebungen wurden dadurch verboten. Dieser Erlaß wurde vermutlich auch durch die im Deutschen Reich bekannten Predigten des Bischofs von Münster, Clemens August von Galen, im Juli/August 1941 in St. Lamberti in Münster verursacht. Allerdings war der Kirchenkampf nur auf die Zeit nach dem „großen Sieg“ verschoben. Als Beweis wurde ein Ausspruch Hitlers zitiert: „Den Tag der Abrechnung bestimme ich. Ich werde es diesen Landesverrättern schon heimzahlen. Wie einen Bretterzaun werde ich die Kirche abbrechen, Stück um Stück“ (Augustinus Rösch).

Nach dem Kriegsende kehrten die Mönche wieder in ihre Klöster zurück. Durchweg fanden sie diese – auch aufgrund der Besetzung durch die alliierten Truppen – in einem katastrophalen Zustand. Sie waren all dessen beraubt, was durch die Stellen der Partei nicht ausgelagert worden war. Wenige Tage nach ihrer Rückkehr begannen sie wieder ihr monastisches Leben mit dem gemeinsamen Chorgebet. Diese Klöster hatten über die finanziellen Einbußen hinaus nicht nur große Opfer unter den Soldaten an den Fronten des Kriegs zu beklagen. Etliche Mönche waren zu Opfern der Euthanasie-Aktion oder der Haft in Gefängnissen der Gestapo oder im KZ Dachau geworden.

Dieses wichtige und verdienstvolle Buch über den Kirchenkampf in Österreich berichtet nur vom Schicksal der großen Stifte. Von dem Klostersturm ist nicht die Rede, dem die Ordensniederlassungen der Jesuiten, der Kapuziner, der Redemptoristen, der Dominikanerinnen und Karmelitinnen zur gleichen Zeit zum Opfer fielen. Doch bereits in diesem Buch wird Seite auf Seite dokumentiert, wer der eigentliche Verantwortliche für diese Aktionen war: die Gestapo. Sie empfing aus dem RSHA (vgl. 221, 238) ihre Befehle und setzte sie mit brutaler Gewalt und mit Zynismus in die Tat um. Das Gesicht der Gestapo als einer ideologischen Elitetruppe des Dritten Reichs wird in ihrem antichristlichen Gepräge in diesen Aktionen des Unrechts und des Terrors sichtbar.

Es wäre im Hinblick auf die historische Wahrheit fragwürdig, in der zeitgeschichtlichen Forschung die Gestapo unter Vernachlässigung

dieser Aktionen im Kirchenkampf beurteilen zu wollen. Die eigentliche Auseinandersetzung zwischen Christentum und Nationalsozialismus wird gerade an dieser Front der Weltanschauung und des Glaubens unübersehbar. Die derzeitigen Forschungen über den „Ausschuß für Ordensangelegenheiten der Fuldaer Bischofskonferenz“ (1941–1944) werden hoffentlich bald auch für Deutschland diesen Kampf um die Freiheit der Klöster herausheben und die Opfer aufgrund der Berichte aus allen Orden erstmals nennen. Ein bislang vergessenes, aber zumindest weithin ruhmreiches Kapitel aus der abgründigen Geschichte des Dritten Reichs *Roman Bleistein SJ*

¹ Österreichs Stifte unter dem Hakenkreuz. Zeugnisse und Dokumente aus der Zeit des Nationalsozialismus 1938 bis 1945. Zusammengest. u. bearb. v. Sebastian Bock. Sonderheft der „Ordensnachrichten“. Wien: Sekretariat der Superiorenkonferenz 1996. 271 S. Kart. 28,-.

Eine versteckte Enzyklika Pius' XI.?

Seit der Kontroverse um Rolf Hochhuths Drama „Der Stellvertreter“ aus dem Jahr 1963 ist die Haltung des Vatikans zur Verfolgung und Vernichtung der Juden durch die Nationalsozialisten ein Thema, das immer wieder Wellen schlägt. So hat die Veröffentlichung des Buchs „Die verborgene Enzyklika Pius' XI. Eine verpaßte Gelegenheit der Kirche gegenüber dem Antisemitismus“¹ in Paris Anfang Oktober 1995 neue Diskussionen ausgelöst. Verfasser sind zwei belgische Historiker, von denen Georges Passelecq Benediktiner und Bernhard Suchecky ein aus Polen stammender Jude ist. Die Tageszeitung *Le Monde* widmete dem Erscheinen des Buchs eine ganze Seite ihrer Ausgabe vom 4. Oktober 1995.

Die Geschichte, um die es geht, ist an sich nicht neu, zumindest nicht mehr seit 1972, als in den USA der *New Catholic Reporter* von dem gescheiterten Enzyklikaprojekt zum ersten Mal berichtete und Auszüge daraus veröffentlichte. Am 22. Juni 1938 rief Pius XI. den zufällig in Rom weilenden nordamerikanischen Jesuiten John LaFarge zu einer Privataudienz nach Castelgandolfo und stellte ihn zuerst unter strenge Geheimhaltungspflicht. Dann beauftragte er

LaFarge, einen Entwurf für eine Enzyklika zu verfassen, die gegen den Antisemitismus und alle rassischen Ideologien die Einheit des Menschengeschlechts hervorheben sollte. Daraus ergab sich auch der lateinische Name „Unitas Humani Generis“ für das Projekt. Der Papst wollte, über die Enzyklika „Mit brennender Sorge“ von 1937 hinausgehend, zu den geistigen Wurzeln des nationalsozialistischen Rassenwahns vordringen. LaFarge erschien dem Papst für diese Aufgabe besonders geeignet, weil er sich eingehend mit der Rassenfrage und der Gleichberechtigung der Schwarzen in den USA beschäftigt hatte. Ein einschlägiges Buch von LaFarge darüber war dem Papst bekannt. „Sagen Sie einfach das, was Sie sagen würden, wenn Sie selber Papst wären“, lautete die Anweisung Pius' XI. LaFarge bekannte, ihm sei nach dieser Audienz zumute gewesen, als wäre ihm der Fels Petri auf den Kopf gefallen.

Am darauffolgenden Tag verständigte sich LaFarge mit dem Generaloberen des Jesuitenordens, dem Polen Wladimir Ledóchowski, der von der Angelegenheit noch nicht informiert war. LaFarge bat um Mitarbeiter für die schwierige Aufgabe. Ledóchowski nannte ihm den von